

französischen Vichy-Regierung bringen. Diese Regierung wurde nicht einmal darüber informiert. Das Lager war in einem schlimmen Zustand. Für Flüchtlinge aus dem spanischen Bürgerkrieg errichtet, war es inzwischen zum Teil verfallen. Über tausend Menschen sind allein im Winter 1940/41 gestorben. Für die Mehrzahl der Überlebenden war Gurs nur ein Umweg in die Gaskammern von Auschwitz und Majdanek.

Die Kirchen, so müssen wir heute rückblickend sagen, hatten aufs Ganze gesehen nicht die Kraft und den Mut, öffentlich gegen die Diskriminierung und die Deportation der Juden aus unserer Region zu protestieren. „Die Weigerung, aus der Schuldgeschichte zu lernen, wie auch das Ablehnen von Betroffenheit, ist Verdrängung; denn keiner von uns kann nicht betroffen sein. Zu tief sind wir in Schuld und Leid mit allen ihren Auswirkungen verstrickt“ – heißt es in der Erklärung eines Gesprächskreises „Juden und Christen“ zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms 1938.

Es genügt nicht, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Es genügen auch nicht die verschiedenen Erklärungen, die in den Jahrzehnten nach dem Krieg veröffentlicht wurden und die Mitschuld der Christen an der Judenverfolgung beklagen mußten und versuchten, das Verhältnis von Judentum und Christentum neu zu bestimmen. Wir haben immer wieder Grund, vor Gott hinzutreten und mit dem 130. Psalm zu beten: Aus der Tiefe rufen wir zum Herrn. Wenn er nicht die Schuld vergibt, können wir nicht bestehen.

Wir bitten die Gemeinden, sich im Monat Oktober in Gottesdiensten der schrecklichen Vergangenheit zu erinnern. Im Gedenken an das, was geschehen ist, weil Menschen *ihr* Reich bauen wollten, richten wir an Gott die Bitte, die auch gläubige Juden mit uns sprechen können: *Dein Reich komme*.

Wortlaut in: Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg, Nr. 29 vom 25. September 1990, 465.

**K.III.10' ARBEITSGRUPPE „FRAGEN DES JUDENTUMS“
DER ÖKUMENE-KOMMISSION DER
DEUTSCHEN BISCHOFSSKONFERENZ**

**Stellungnahme zum 500. Jahrestag der Vertreibung
der Juden aus Spanien
am 31. März 1492 vom 10. Februar 1992**

Die Arbeitsgruppe „Fragen des Judentums“, ein Gremium von acht katholischen und durch die Bischofskonferenz ernannten Beratern zu Fragen des katholisch-jüdischen Verhältnisses, wollte mit einer eigenen Stellungnahme zum 500. Jahrestags des Edikts der spanischen Könige Isabella I. von Kastilien und Ferdinand II. von Aragón vom 31. März 1492 dafür Sorge tragen, daß das Datum der königlich verordneten Vertreibung der spanischen Juden im Gedenkjahr 1992 auch in der deutschen Kirche erinnert werde. Das Ausweisungsdekret belege, daß Zwangsbekehrungen und Zwangstaufen von Juden erfolglos

und sinnlos waren. So biete das Jahr 1992 Gelegenheit, deutlich zu machen, daß eine „Judenmission“ theologisch nicht vertretbar sei.

Das Jahr 1992 konfrontiert nicht zuletzt die katholische Kirche mit zwei schwierigen Erinnerungen.

Zum einen kam es vor 500 Jahren zur „Entdeckung Amerikas“. Und es begann jene „Evangelisierung“ des neuen Kontinents, in deren Verlauf auch erhebliche zerstörerische Kräfte zutage traten, die heute eine kritische, ja schuldbewußte und bußfertige Rückschau angeraten sein lassen. Zum anderen wurde im Frühjahr 1492 zu Granada das Edikt ausgefertigt, welches um des „heiligen, katholischen Glaubens“ willen die Vertreibung der Juden aus Spanien verfügte und damit das Judentum einer der verhängnisvollsten Katastrophen seiner Geschichte auslieferte.

Unsere Arbeitsgruppe hat sich des öfteren mit der Koinzidenz der Erinnerungen an diese beiden Ereignisse im Jahre 1992 befaßt. Und wir sind ernsthaft besorgt, daß im Schatten der zweifellos zu erwartenden Gedächtnisfeiern anläßlich der „Entdeckung Amerikas“ der Umstand in Vergessenheit geraten könnte, daß im gleichen Jahr 1492 dieselben letztlich verantwortlichen Akteure einen vernichtenden Schlag gegen das Judentum führten. Dieser Schlag veränderte gewaltsam die Gesamtstruktur der jüdischen Diaspora in Europa. Und noch nach Jahrzehnten bitterer Exilserfahrung vermochten sich die Juden davon nicht zu erholen.

In solchen Zusammenhängen beunruhigten uns die Nachrichten, die einer im Gedächtnisjahr 1992 bevorstehenden Seligsprechung der spanischen Königin Isabella, der Katholischen, das Wort redeten. Daß man diese Absicht inzwischen verworfen hat, erfüllt uns mit Erleichterung und Befriedigung. Denn Isabella I. von Kastilien gehört mit ihrem Mann, Ferdinand II. von Aragón, zu den Unterzeichnern des Erlasses, der am 31. März 1492 den Juden auferlegte, „bis zum Ende des Monats Juli mit ihren Söhnen und Töchtern, Dienern und Dienerinnen das Land zu verlassen“. Darüber hinaus „befahl und verbot“ das Ausweisungsedikt allen Untertanen, „weder öffentlich noch heimlich einen Juden oder eine Jüdin aufzunehmen, zu empfangen oder zu beherbergen“.

Näherhin zielte das Dekret darauf ab, der seit wenigstens 100 Jahren verschärft verfolgten Politik der offenen oder verdeckten Zwangsbekehrungen zu einem endgültigen Durchbruch zu verhelfen. Es ging darum, die aus dem Judentum rekrutierten Neuchristen („Marranos“ = „Schweine“) ein für allemal dem Einfluß der jüdischen Gemeinden zu entziehen, die nach wie vor die „Conversos“ darin bestärkten, die christliche Religion nur äußerlich zu praktizieren und im übrigen am alten jüdischen Glauben festzuhalten. Denn auch die Einführung der Inquisition im Jahre 1480 und deren verhängnisvolle Blutspur hatten es nicht vermocht, „den Verkehr der Juden mit den (Neu-)Christen zu unterbinden“. Hier vor allem sollte das Edikt definitive Abhilfe schaffen: die Anwesenheit und unerschütterliche Einflußnahme der Juden auf die bedrückende Doppelexistenz der „Conversos“ bedrohten die Reinheit und Einheit der christlichen Gesellschaft in Spanien.

Entsprechend diffamierend fallen die Begründungen des Dekrets gegen jene Juden aus, die nach wie vor die Taufe verweigerten: „Wie wir durch die Inqui-

sition und viele andere Fromme, geistliche und weltliche, in Erfahrung gebracht haben, scheint der Schaden sehr groß zu sein, der aus dem Verkehr und aus dem Umgang mit den Juden für die (Neu-)Christen entstanden ist. Sie (d.h.: die Juden) sind stolz darauf und legen es vielfach darauf an, unseren heiligen katholischen Glauben bei den (d.h.: neuen) Gläubigen zu zerstören, sie von ihm zu trennen und sie wieder zu ihrem verfluchten (d.h.: jüdischen) Glauben und Denken hinüberzuziehen.“ Deshalb „muß das Übel mit der Wurzel beseitigt werden. Und das heißt: die Juden sind aus unseren Reichen zu vertreiben.“

In der Folge mußten bis zum 31. Juli 1492 alle nicht bekehrungswilligen Juden Spanien verlassen. Die damit verbundene totale Liquidation der jüdischen Gemeinden auf spanischem Boden war wohlbedacht. Sie sollte die Staatlichkeit Spaniens festigen, indem sie eine auf das religiöse Element reduzierte Einheit erzwang und damit eine der Voraussetzungen für die Aufrichtung eines spanischen Weltreiches schuf. Im übrigen waren die Beamten des Staates und der Inquisition angewiesen, für eine friedliche und ordnungsgemäße Abwicklung der Vertreibung zu sorgen. Aber in einzelnen Städten, wie in Saragossa, konfiszierten sie das Vermögen der Juden, um die Krone für den Ausfall der Steuern zu entschädigen. Die Juden sahen sich gezwungen, ihren Besitz zu verschleudern. Was sie zurückließen, behielt der Staat. Die Vertriebenen wandten sich vornehmlich nach Portugal, Italien, Nordafrika und in die Türkei. Nur in Nordafrika und in der Türkei waren sie auf Dauer sicher. Die Schilderungen des Schicksals der jüdischen Exulanten gehören zu den erschütterndsten Äußerungen der hebräischen Literatur.

So wie der Bericht des Augenzeugen Don Jitzchaq Abravanel, der bis zum Ende versucht hatte, das Unheil aufzuhalten: „Ich befand mich am Hofe des Königs und mühte mich ab mit Bitten. Dreimal flehte ich ihn an und sprach: ‚Hilf, o König! Warum willst du so an deinen Dienern handeln? Fordere jeden Tribut, jedes Lösegeld von uns! Und alles, was einer aus dem Hause Israel besitzt, wird er willig seinem Vaterland geben‘. Ich suchte meine Freunde auf, welche die Gunst des Königs besaßen, um sie zu bitten, für mein Volk einzutreten. Und die Vornehmsten von ihnen redeten vereint und mit aller Macht dem König zu, den unheilvollen Erlaß zurückzunehmen und seinen Vorsatz zur Vernichtung der Juden aufzugeben. Aber wie eine Natter, die ihre Ohren verschließt, blieb er taub für unsere eindringlichen Bitten. Und die Königin stand mit mächtiger Beredsamkeit an seiner Seite und befürwortete die Durchführung des Planes. Und so bemühten wir uns ohne Erfolg. Ich ruhte nicht und schonte mich nicht. Aber das Unglück ließ sich nicht abwenden“ (Kommentar zum Buch der Könige, Vorrede). Daran anschließend beschreibt Abravanel den Vorgang der Vertreibung: „Plünderungen zu Land und Seeräuberei auf dem Meer begleiteten die Vertreibung. Ich gehörte zu den Betroffenen und Trauernenden. Alle stellten sich feindlich zu unserer Gemeinde, vertrieben reich und arm, Männer und Frauen, Väter und Söhne der Kinder Zions. Einige gaben ihre Religion auf, da sie fürchteten, man würde ihr Blut wie Wasser vergießen oder sie in die Sklaverei verkaufen. Ohne Mitleid mit ihren Klagen schleppte man nämlich Männer und Frauen, Junge und Alte, auf Schiffen fort und zwang sie, in der Gefangenschaft ihren Glauben aufzugeben“ (ebd.). Und dann heißt es: „Das Volk, in dessen Mitte ich war, zog aus. Unfähig zum Widerstand. Jung

und alt, mit Frauen und Kindern, an einem Tag und aus allen Reichen des Königs. Wohin der Geist sie trieb, dorthin gingen sie. Und Gott, ihr König, zog ihnen voran und war an ihrer Spitze. Einige zogen in die nahegelegenen Reiche Portugal und Navarra. Aber bitteres Leid und schweres, finsternes Unheil traf sie überall: Raubgier, Hungersnot und Pest. Einige bestiegen ein Schiff und suchten in den Wogen einen Weg. Unter denen, die sich einem Schiff anvertrauten, war auch ich“ (ebd.).

Mit Rücksicht auf das ungeheure Gewicht, das die Vertreibung aus Spanien bis heute in der Erinnerung der Juden hat, bittet unsere Arbeitsgruppe die Deutsche Bischofskonferenz dringlich darum, 1. dafür Sorge zu tragen, daß im Jahre 1992 keine der offiziellen Verlautbarungen zur „Entdeckung Amerikas“ vor 500 Jahren die verheerende Katastrophe übersieht, die durch das Edikt vom 31. März 1492 um des „heiligen katholischen Glaubens“ willen über die Juden Spaniens gebracht wurde. Nicht nur die Juden in der Bundesrepublik Deutschland achten sorgfältig darauf, wie sich die katholische Kirche heute zu diesem Datum verhält. Die Juden werden aufmerksam registrieren, wie aufrichtig und wie überzeugend sich das Schuldbekenntnis und die längst fällige Verurteilung dieser Vorgänge durch unsere Kirche darstellen werden. Ein erheblicher Anteil des erst in den letzten Jahren mühsam gewonnenen Vertrauens steht dabei auf dem Spiel. 2. Nicht zuletzt das Ausweisungsdekret vom 31.3.1492 und das Geschick der „Conversos“ machen unter anderem die Erfolglosigkeit und die Sinnlosigkeit der Zwangsbekehrungen und Zwangstaufen von Juden sichtbar. In solchem Zusammenhang erinnern wir die Deutsche Bischofskonferenz an die Rede, die der Papst am 17. November 1980 in Mainz gehalten hat. Johannes Paul II. sprach damals in einer auch die Juden beeindruckenden Weise vom „Gottesvolk des von Gott *nie gekündigten* Alten Bundes“. Wir meinen, daß das Jahr 1992, in dem das Unrecht der Vertreibung der Juden aus Spanien 500 Jahre alt geworden ist, eine seltene Gelegenheit anbietet, um Ernst mit der Erkenntnis zu machen, daß in der Linie dieses wegweisenden päpstlichen Wortes eine „Judenmission“ theologisch nicht mehr vertretbar ist.

Wortlaut in: Hans Hermann Henrix (Hrsg.), 1492–1992: 500 Vertreibung der Juden Spaniens, Aachen 1992, 125–128.

K.III.11'

BISCHOF KARL LEHMANN
VORSITZENDER DER DEUTSCHEN BISCHOFSSKONFERENZ

Wort gegen Antisemitismus und antijüdische Aktionen vom 5. November 1992

Im Herbst 1992 wurde die deutsche Öffentlichkeit durch eine nicht abbreißende Kette von fremdenfeindlichen Aktionen und antijüdischen Friedhofsschändungen und Äußerungen aufgeschreckt. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland war außerordentlich beunruhigt. In diese Situation erließ Bischof Karl Leh-